

1808 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Rechtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. März 1978
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu
den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird

Mit Bundesgesetz vom 27. April 1977, BGBl.Nr. 232, wurden
u.a. die Straftatbestände im Einführungsgesetz zu den Ver-
waltungsverfahrensgesetzen erweitert, um "Schwarzfahren" in
öffentlichen Verkehrsmitteln ahnden zu können. In Ergänzung
dazu soll nunmehr durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des
Nationalrates auch eine gesetzliche Verankerung des Mitwirkungs-
rechtes der Organe der Bundespolizeibehörden und der Bundes-
gendarmerie beim Vorgehen gegen "Schwarzfahrer" erfolgen.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung vom 29. März 1978 in Verhandlung genommen und
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. März
1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einföhrungsge-
setz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird, wird
kein Einspruch erhoben.

Wien, 1978 03 29

C z e r w e n k a
Berichterstatter

Dr. L i c h a l
Obmannstellvertreter